

# HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

## TEIL I

Nr. 25	MITTWOCH, DEN 19. JULI	2000
Tag	Inhalt	Seite
13.7.2000	Verordnung über Zulassungszahlen für die Hochschule für Musik und Theater .....	149
13.7.2000	Verordnung zur Änderung der Fachhochschul-Zulassungsverordnung (FHZVO) .....	151
18.7.2000	Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Hunden und über das Halten von Hunden (Hundeverordnung)	152

### Verordnung über Zulassungszahlen für die Hochschule für Musik und Theater

Vom 13. Juli 2000

Auf Grund von Artikel 5 Absatz 2 Nummer 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 2. Februar 1993 mit der Änderung vom 20. Januar 1998 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1993 Seite 24, 1998 Seite 19) und der Verordnung über die Weiterübertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen über die Vergabe von Studienplätzen vom 6. Juli 1993 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 154) wird verordnet:

#### § 1

Wintersemester 2000/2001

(1) Für die Zulassung nach der Verordnung für die Zulassung zum Studium an der Hochschule für Musik und Theater (HfMZVO) vom 19. Juli 1984 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 150), zuletzt geändert am 14. Juli 1994 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 234), werden zum Wintersemester 2000/2001 die folgenden Zulassungszahlen festgesetzt:

Studiengänge	Zulassungszahlen
1. Lehramtsstudiengänge (Unterrichtsfach Musik)	
1.1 Lehramt an der Grund- und Mittelstufe .....	12
davon mit Instrumentalfach Klavier .....	6

Studiengänge	Zulassungszahlen
1.2 Lehramt an Sonderschulen .....	5
davon mit Instrumentalfach Klavier .....	2
1.3 Lehramt an der Oberstufe – Allgemeinbildende Schulen – .....	14
davon mit Instrumentalfach Klavier .....	7
2. Musiktheater-Regie .....	8

Bei den folgenden Studiengängen ist die Zulassungszahl jeweils die Zahl freier Studienplätze aus den angegebenen Ausbildungskapazitäten für die Abschlüsse Diplom (D), Diplom-Musiklehrer (DML), Diplom-Musiklehrer einschließlich Studienschwerpunkt Elementare Musikpädagogik (DML/EMP) und Konzertexamen (K); bei der Ermittlung der Zahl der freien Studienplätze werden diese Ausbildungskapazitäten zusammengefaßt:

Studiengänge	Ausbildungskapazität	Studiengänge	Ausbildungskapazität
3. Komposition, Musiktheorie .....	20 (D) 0 (DML)	7.4 Klarinette .....	6 (D) 2 (DML/EMP)
4. Dirigieren .....	12 (D)	7.5 Fagott .....	1 (K) 6 (D)
Zusatzstudium Chordirigieren .....	2 (D)	7.6 Horn .....	1 (DML/EMP) 1 (K) 8 (D) 0 (DML/EMP)
5. Tasteninstrumente		7.7 Trompete .....	1 (K) 7 (D) 1 (DML/EMP)
5.1 Klavier .....	24 (D) 10 (DML/EMP) 2 (K)	7.8 Posaune .....	1 (K) 6 (D) 0 (DML/EMP) 1 (K)
5.2 Cembalo .....	2 (D) 1 (DML/EMP) 0 (K)	7.9 Tuba .....	2 (D) 0 (DML/EMP) 0 (K)
5.3 Orgel .....	8 (D) 0 (DML/EMP) 2 (K)	8. Schlaginstrumente .....	8 (D) 1 (DML/EMP) 2 (K)
6. Saiteninstrumente		9. Gesang, Lied, Oratoriumsstudium ...	37 (D) 1 (DML/EMP) 1 (K)
6.1 Violine .....	29 (D) 2 (DML/EMP) 4 (K)	10. Oper .....	22 (D)
6.2 Viola .....	9 (D) 1 (DML/EMP) 2 (K)	11. Rhythmik .....	9 (DML)
6.3 Violoncello .....	17 (D) 1 (DML/EMP) 2 (K)	12. Evangelische Kirchenmusik .....	23 (D) davon mit Abschluss-A-Prüfung ..... 5 (D)
6.4 Kontrabass .....	5 (D) 0 (DML/EMP) 0 (K)	13. Jazz .....	22 (DML)
6.5 Harfe .....	4 (D) 0 (DML/EMP) 1 (K)		
6.6 Gitarre .....	4 (D) 5 (DML/EMP) 1 (K)		
6.7 Gambe .....	1 (D) 1 (DML/EMP) 0 (K)		
7. Blasinstrumente			
7.1 Blockflöte .....	5 (D) 3 (DML/EMP) 1 (K)		
7.2 Flöte .....	13 (D) 4 (DML/EMP) 1 (K)		
7.3 Oboe .....	6 (D) 2 (DML/EMP) 1 (K)		

(2) Ist in einer der Nummern des Absatzes 1 die Zahl der Bewerberinnen oder Bewerber für einen Abschluss geringer als die Zahl der Studienplätze, werden die nicht in Anspruch genommenen Studienplätze der Ausbildungskapazität des jeweils anderen Abschlusses hinzugerechnet.

(3) An die Bewerberinnen oder Bewerber höherer Fachsemester werden höchstens 15 vom Hundert der freien Studienplätze vergeben.

## § 2

### Sommersemester 2001

In den Aufbaustudiengängen Instrumentalmusik (Konzertexamen) und Gesang, Lied, Oratoriumsstudium (Konzertexamen) erfolgen in Abweichung von § 1 Absatz 3 HfMZVO nach Maßgabe freier Studienplätze der in § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummern 5 bis 10 für diese Studiengänge jeweils ausgewiesenen Ausbildungskapazitäten zu dem satzungsgemäß vorgesehenen Termin Zulassungen auch zum Sommersemester 2001. § 1, Absätze 2 und 3, gilt entsprechend.

Hamburg, den 13. Juli 2000.

**Die Behörde für Wissenschaft und Forschung**

**Verordnung  
zur Änderung der Fachhochschul-Zulassungsverordnung (FHZVO)**

Vom 13. Juli 2000

Auf Grund von Artikel 5 Absatz 2 Nummer 2 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 2. Februar 1993 mit der Änderung vom 20. Januar 1998 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1993 Seite 24, 1998 Seite 19) und der Verordnung über die Weiterübertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen über die Vergabe von Studienplätzen vom 6. Juli 1993 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 154) wird verordnet:

§ 1

Die Fachhochschul-Zulassungsverordnung vom 6. Juli 1999 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 137) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Wörter „sich von der Fachhochschul-leitung exmatrikulieren lassen“ durch die Wörter „von der Fachhochschule exmatrikuliert worden sind“ ersetzt.
2. § 2 Absatz 5 erhält folgende Fassung:  
„(5) Personen, die mehr als 8 Semester in dem betreffenden Studiengang immatrikuliert sind oder waren, sind vom Zulassungsverfahren ausgeschlossen. Von der in Satz 1 genannten Obergrenze kann in Fällen außergewöhnlicher Härte abgewichen werden.“

3. § 13 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Fachhochschule entscheidet über die Zulassung.“

4. In Anlage 1 werden hinter Nummer 7.4 folgende Nummern 7.5 bis 7.8 eingefügt:

„7.5 Biomedical Engineering (Bachelor)  
7.6 Environmental Engineering (Bachelor)  
7.7 Bioprocess Engineering (Bachelor)  
7.8 Process Engineering (Bachelor)

Zu 7.5 bis 7.8:

Zulassungen erfolgen nur zum Wintersemester.“

§ 2

Diese Verordnung gilt erstmals für die Zulassung zum Wintersemester 2000/2001.

Hamburg, den 13. Juli 2000.

**Die Behörde für Wissenschaft und Forschung**

**Verordnung**  
**zum Schutz vor gefährlichen Hunden und über das Halten von Hunden**  
**(Hundeverordnung)**

Vom 18. Juli 2000

Auf Grund von § 1a des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 14. März 1966 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 77), zuletzt geändert am 14. Juli 2000 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 146) wird verordnet:

§ 1

Gefährliche Hunde

(1) Bei den folgenden Rassen und Gruppen von Hunden sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden wird die Eigenschaft als gefährliche Hunde stets vermutet:

1. Pit-Bull,
2. American Staffordshire Terrier,
3. Staffordshire Bullterrier.

(2) Bei den folgenden Rassen von Hunden wird die Gefährlichkeit vermutet, solange nicht der zuständigen Behörde für den einzelnen Hund nachgewiesen wird, dass dieser keine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren aufweist:

1. Bullmastiff,
2. Bullterrier,
3. Dogo Argentino,
4. Dogue de Bordeaux,
5. Fila Brasileiro,
6. Mastiff,
7. Masten Español,
8. Mastin Napoletano,
9. Kangal,
10. Kaukasischer Owtscharka,
11. Tosa Inu.

Dies gilt auch für Kreuzungen dieser Rassen untereinander oder mit anderen als den von Absatz 1 erfassten Hunden.

(3) Unabhängig hiervon kann sich die Eigenschaft eines Hundes als gefährlicher Hund im Einzelfall daraus ergeben, dass er ein der Situation nicht angemessenes oder ausgeprägtes Aggressionsverhalten gegen Menschen oder Tiere zeigt.

§ 2

Haltungsverbot, Erlaubnispflicht

(1) Das Halten gefährlicher Hunde ist grundsätzlich verboten. Wer einen gefährlichen Hund im Sinne von § 1 halten will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis darf auf Antrag nur erteilt werden, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller ein berechtigtes Interesse an der Haltung nachweist und gegen ihre oder seine Zuverlässigkeit keine Bedenken bestehen. Es dürfen keine Gefahren für Leben, Gesundheit oder Eigentum Dritter entgegenstehen.

(2) Die Erlaubnis ist vom Nachweis der Sachkunde der Hundehalterin oder des Hundehalters und der Erziehung des Hundes abhängig zu machen. Der Nachweis erfolgt durch Gutachten einer geeigneten Tierärztin oder eines geeigneten Tierarztes oder einer geeigneten Sachverständigen oder eines

geeigneten Sachverständigen und durch den Besuch einer geeigneten Hundeschule. Geeignet ist eine Hundeschule, der Einrichtungen und ausgebildetes Personal für die Sachkunde-Vermittlung und Erziehung zur Verfügung stehen. Weitere Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis ist der Nachweis des Bestehens einer besonderen Haftpflichtversicherung, der Nachweis der erfolgten Sterilisation oder Kastration des Hundes sowie seine fälschungssichere Kennzeichnung. Die Erlaubnis ist mit der Auflage zu verbinden, die zuständige Behörde schriftlich oder zur Niederschrift über den Tod und die Abgabe des Hundes (Todes- oder Abgabebetag, Name und Anschrift der neuen Halterin oder des neuen Halters) zu unterrichten.

(3) Kann durch das Gutachten einer geeigneten Tierärztin oder eines geeigneten Tierarztes oder einer geeigneten Sachverständigen oder eines geeigneten Sachverständigen nachgewiesen werden, dass ein Hund im Sinne von § 1 Absatz 2 nicht gefährlich ist (Negativzeugnis), so kann die Halterin oder der Halter von der Erlaubnispflicht für diesen Hund freigestellt werden.

§ 3

Zuverlässigkeit

Die erforderliche Zuverlässigkeit im Sinne des § 2 Absatz 1 für den Umgang mit gefährlichen Hunden besitzen Personen nicht, die insbesondere

1. a) wegen vorsätzlichen Angriffs auf das Leben oder die Gesundheit, Vergewaltigung, Zuhälterei, Menschenhandels, Land- oder Hausfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, einer gemeingefährlichen Straftat oder einer Straftat gegen das Eigentum oder das Vermögen,
- b) wegen einer im Zustand der Trunkenheit begangenen Straftat oder
- c) wegen einer Straftat nach dem Tierschutzgesetz, dem Bundesjagdgesetz, dem Waffengesetz, dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, dem Sprengstoffgesetz oder dem Betäubungsmittelgesetz

rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre noch nicht verstrichen sind,

2. wiederholt oder gröblich gegen die Vorschriften eines der in Nummer 1 Buchstabe c genannten Gesetze oder der Gebote der §§ 4 bis 6 verstoßen haben,
3. minderjährig sind oder
4. an einer psychischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen Behinderung leiden oder alkohol-, arzneimittel- oder drogenabhängig sind.

In die Frist nach Satz 1 Nummer 1 wird die Zeit nicht eingerechnet, in welcher die Personen auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden sind.

## § 4

## Halten gefährlicher Hunde

(1) Gefährliche Hunde sind so zu halten, dass Menschen, Tiere oder Sachen nicht gefährdet werden. Sie sind insbesondere ausbruchssicher unterzubringen. Außerhalb eingefriedeten Besitztums sowie in Treppenhäusern, in Fluren und auf Zuwegen von Mehrfamilienhäusern sind sie anzuleinen und müssen einen Maulkorb tragen, der ein Beißen verhindert. Eine Aufsichtsperson muss körperlich und geistig in der Lage sein, den Hund sicher an der Leine zu halten. Sie muss zuverlässig im Sinne des § 3 sein. Sie darf nicht mehrere gefährliche Hunde gleichzeitig führen. Eine Hundehalterin oder ein Hundehalter darf einen gefährlichen Hund nur solchen Personen überlassen, die die Gewähr dafür bieten, dass sie als Aufsichtspersonen geeignet sind.

(2) Wer einen gefährlichen Hund hält, hat dies an jedem Zugang des eingefriedeten Besitztums oder seiner Wohnung durch ein Warnschild mit der deutlich lesbaren Aufschrift „Vorsicht, gefährlicher Hund!“ kenntlich zu machen.

## § 5

## Verbot der Zucht, der Ausbildung und des Handels

(1) Hunde dürfen nicht mit dem Ziel einer gesteigerten Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren gezüchtet oder ausgebildet werden. Mit gefährlichen Hunden nach § 1 darf nicht gezüchtet werden. Sie dürfen nicht mit dem Ziel einer weiteren Steigerung ihrer Aggressivität und Gefährlichkeit ausgebildet werden.

(2) Der gewerbsmäßige Handel mit gefährlichen Hunden ist verboten.

## § 6

## Halten anderer Hunde

(1) Außerhalb des eingefriedeten Besitztums sowie in Treppenhäusern, in Fluren und auf Zuwegen von Mehrfamilienhäusern sind frei laufende Hunde so zu beaufsichtigen, dass sie Menschen, Tiere oder Sachen nicht gefährden.

(2) An einer höchstens 2 m langen Leine zu führen sind

1. Hunde, die nicht zuverlässig gehorchen,
2. Hunde, die bereits mehrfach Menschen oder Tiere verfolgt, anhaltend angebellt oder sie sonst erheblich belästigt haben,
3. läufige Hündinnen,
4. Hunde, die in Einkaufszentren, Fußgängerzonen, Haupteinkaufsbereichen und bei Veranstaltungen mit großen Menschenansammlungen mitgeführt werden.

§ 4 Absatz 1 Sätze 4 und 7 gilt entsprechend. Weitergehende Regelungen, insbesondere über Anleinplichten und Mitnahmeverbote, die sich aus anderen Gesetzen und Verordnungen ergeben, bleiben unberührt.

(3) Die zuständige Behörde kann das Halten eines Hundes insbesondere durch Anordnung eines Leinen- oder Maulkorbzwangs oder einer ausbruchssicheren Haltung beschränken, wenn der Hund ein Verhalten aufweist, durch das Menschen oder Tiere gefährdet werden.

## § 7

Untersagung des Haltens,  
Einziehung und Tötung von Hunden

(1) Die zuständige Behörde untersagt das Halten eines Hundes, wenn die nach § 2 erforderliche Erlaubnis nicht vor-

liegt oder die Hundehalterin oder der Hundehalter gegen die Vorschriften des § 4 verstößt.

(2) Die zuständige Behörde kann das Halten eines Hundes untersagen, wenn gegen die Vorschriften des § 6 verstoßen wird.

(3) Die zuständige Behörde kann im Zusammenhang mit der Untersagung der Haltung eines Hundes dessen Einziehung anordnen.

(4) Die zuständige Behörde kann die Tötung eines Hundes anordnen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Hund auch in Zukunft eine Gefahr für Leben und Gesundheit von Mensch oder Tier darstellt.

## § 8

Weitere Bestimmungen für Hunde  
außerhalb eingefriedeten Besitztums

(1) Außerhalb eingefriedeten Besitztums müssen frei laufende Hunde ein Halsband tragen, auf dem der Name und die Anschrift der Halterin oder des Halters angebracht sind.

(2) Beim Ausführen von Hunden im Sinne des § 1 ist die Erlaubnis oder der Bescheid über die Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 2 Absatz 3 stets mitzuführen.

(3) Gefährliche Hunde, die nicht in der Freien und Hansestadt Hamburg gehalten werden, sind außerhalb eingefriedeten Besitztums sowie in Treppenhäusern, Fluren und auf Zuwegen von Mehrfamilienhäusern anzuleinen und müssen einen Maulkorb tragen.

## § 9

## Ausnahmen

Diese Verordnung gilt nicht für

1. Diensthunde der Bundes- und Landesbehörden und Herdengebrauchshunde, soweit diese im Rahmen ihrer jeweiligen Zweckbestimmung eingesetzt werden,
2. Jagdhunde im Rahmen weidgerechter Jagdausübung.

## § 10

## Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. a) entgegen § 2 Absatz 1 Satz 2 einen gefährlichen Hund ohne Erlaubnis hält,
- b) entgegen § 2 Absatz 2 Satz 5 einer Auflage über die Unterrichtung über den Tod oder die Abgabe eines gefährlichen Hundes zuwiderhandelt,
- c) entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 einen gefährlichen Hund nicht ausbruchssicher unterbringt, entgegen § 4 Absatz 1 Satz 3 nicht anleint oder keinen Maulkorb tragen lässt, entgegen § 4 Absatz 1 Satz 6 mehrere gefährliche Hunde gleichzeitig führt oder entgegen § 4 Absatz 1 Satz 7 als Hundehalterin oder Hundehalter einen Hund einer ungeeigneten Aufsichtsperson überlässt,
- d) entgegen § 4 Absatz 2 nicht durch ein Warnschild auf das Halten eines gefährlichen Hundes hinweist,
2. a) entgegen § 5 Absatz 1 Satz 1 Hunde mit dem Ziel einer gesteigerten Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren züchtet oder ausbildet, entgegen § 5 Absatz 1 Satz 2 mit gefährlichen Hunden nach § 1 züchtet oder entgegen § 5 Absatz 1 Satz 3 solche Hunde

mit dem Ziel einer weiteren Steigerung ihrer Aggressivität und Gefährlichkeit ausbildet,

§ 11

#### Übergangsbestimmungen

- b) entgegen § 5 Absatz 2 mit gefährlichen Hunden gewerbsmäßig handelt,
3. a) entgegen § 6 Absatz 1 einen Hund ohne Aufsicht frei umherlaufen lässt, so dass Menschen, Tiere oder Sachen gefährdet werden,
- b) entgegen § 6 Absatz 2 Satz 1 einen Hund nicht an einer höchstens 2 m langen Leine führt,
- c) entgegen § 6 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 4 Absatz 1 Satz 7 als Hundehalterin oder Hundehalter einen Hund einer ungeeigneten Aufsichtsperson überlässt,
- d) entgegen § 6 Absatz 3 der Anordnung eines Leinen- oder Maulkorbzwangs oder einer ausbruchssicheren Haltung zuwiderhandelt,
4. a) entgegen § 8 Absatz 1 seinen Hund nicht mit einem dieser Vorschrift entsprechenden Halsband versieht,
- b) entgegen § 8 Absatz 2 nicht die Erlaubnis oder den Freistellungsbescheid mitführt,
- c) entgegen § 8 Absatz 3 einen gefährlichen Hund nicht anleint oder keinen Maulkorb tragen lässt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

(1) Mit dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung tritt die Hundeverordnung vom 28. Juni 2000 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 111) außer Kraft.

(2) Wer zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung einen gefährlichen Hund im Sinne des § 1 hält, hat bis zum 28. November 2000 die Erlaubnis nach § 2 zu beantragen und die Voraussetzungen für die Erteilung dieser Erlaubnis nachzuweisen.

(3) Mit In-Kraft-Treten dieser Verordnung unterliegen alle Hunde der in § 1 Absätze 1 und 2 genannten Rassen, Kreuzungen und sonstigen Gruppen bis zur endgültigen Entscheidung über den Antrag nach Absatz 2 einem Leinen- und Maulkorbzwang im Sinne des § 4.

(4) Bei Verstößen gegen Absätze 2 und 3 findet § 7 entsprechende Anwendung.

(5) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Absatz 3 einen gefährlichen Hund nicht anleint oder keinen Maulkorb tragen lässt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 18. Juli 2000.

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.

Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Heidenkampsweg 76B, 20097 Hamburg. — Telefon: 23 51 29-0 — Telefax: 23 27 86. Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 132,- DM. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,45 DM (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer). — Beim Postbezug wird der Teil I des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes im Bedarfsfall dem Amtlichen Anzeiger als Nebenblatt im Sinne von § 8 der Postzeitungsordnung beigelegt.